

Schriftlicher Bericht

Naturschutz gegen Rechtsextremismus

Berichterstatter: Bund

1. Veranlassung

Unter TOP 36 der 95. Umweltministerkonferenz wurde der Bund gebeten, unter Einbeziehung der LANA ein „Aktionsprogramm Naturschutz gegen Rechtsextremismus“ zu entwickeln. In dem Beschluss wurde angeregt, die Aktivitäten des Bundes und der Bundesländer im Bereich Bildung für nachhaltige Entwicklung, aber auch in der Aus- und Fortbildung von Fachkräften in einem Aktionsprogramm zusammenzutragen und dieses regelmäßig fortzuschreiben. In einem ersten Bericht zur 97. UMK (TOP 31) hat das BMUV bereits die Ergebnisse einer Abfrage bestehender relevanter Programme bei Ländern, Bund, Deutsche Bundesstiftung Umwelt (DBU) und Verbänden im Bereich Naturschutz gegen Rechtsextremismus sowie erste Überlegungen zu einem möglichen Aktionsprogramm vorgelegt. Das BMUV wurde gebeten, zur 99. UMK im Herbst 2022 einen weiteren Bericht vorzulegen.

2. Fachgespräch mit zentralen Akteur*innen

Am 23. Juni 2022 fand auf Einladung des BMUV ein Fachgespräch mit Vertreter*innen aus den Ländern Rheinland-Pfalz, Brandenburg, Hessen und Nordrhein-Westfalen sowie verschiedenen zivilgesellschaftlichen Organisationen, die in den Bereichen Umweltschutz, Naturschutz und Antirassismus tätig sind, statt. Die Teilnehmenden berichteten, wie das Thema „Rechtsextremismus im Naturschutz“ in ihren Arbeitsbereichen behandelt wird und stellten Erfahrungen aus Aktivitäten sowie Studien vor. In einer offenen Diskussion wurden Ansatzpunkte für eine Ausgestaltung des Aktionsprogramms erörtert. Diese bezogen sich u. a. auf die Reichweite des Programms (Präventionsmaßnahmen gegen Rechtsextremismus, Kernbereich Naturschutz – brei-

terer Umweltschutz), die Wirksamkeit und Robustheit der Strukturen sowie die Verbesserung des Informationsaustauschs zwischen staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren auf allen Ebenen (ggf. auch über eine zentrale Plattform).

Seitens der Teilnehmenden besteht der Wunsch, den Austausch zum Thema fortzusetzen.

3. Wissenschaftliche Begleitung zum Thema „Naturschutz gegen Rechts-extremismus“

Um die Überlegungen zu dieser Thematik und zu einem Aktionsprogramm wissenschaftlich zu begleiten, hat BMUV gemeinsam mit dem BfN ein Forschungs- und Entwicklungsvorhaben „Reaktionsstrategien gegen rechtspopulistische Interventionen im Naturschutz“ initiiert, dessen Umsetzung bereits gestartet ist (Vorhabenlaufzeit 10/2022-09/2024). Ziel des Vorhabens ist eine wissenschaftliche Analyse, um Strategien und Vorgehensweisen rechter Akteur*innen bei politischen Interventionen im Naturschutz besser zu erkennen, zu verstehen und zu erfassen. Darauf aufbauend sollen konkrete Vorschläge für wirkungsvolle Maßnahmen, Programme, Aktivitäten etc. entwickelt werden, um den Stellenwert dieses drängenden gesellschaftlichen Themas in der politischen Landschaft zu verbessern und die relevanten Akteur*innen in diesem Bereich adäquat zu unterstützen. Die von Bund und Ländern im Rahmen des Aktionsprogramms erarbeiteten Aktivitäten sollen dabei das Problembewusstsein gegenüber rechtsextremistischer und -populistischer Unterwanderung schärfen und Handlungskompetenz vermitteln, um naturschutzengagierte Menschen zu befähigen, rechtsextreme Einflussnahme zu erkennen und dieser aktiv entgegen zu treten. Erste Zwischenergebnisse werden im Sommer 2023 erwartet.

4. Weitere Aktivitäten des BMUV

Im Spätsommer 2022 sind zwei weitere Forschungs- und Entwicklungsvorhaben im BMUV mit dem Umweltbundesamt (UBA) zum erweiterten Themenkomplex gestartet:

Im Vorhaben „Umweltpolitik im Dialog – Umwelt / Populismus / Demokratie“ werden Beteiligungsformate entwickelt und erprobt, mit denen Bürger*innen (wieder) erreicht werden können, die sich von den Themen Umweltschutz und Nachhaltigkeit abgewandt haben.

Das Vorhaben „Umweltpolitik und die populistische Herausforderung“ wird praxistaugliche wissenschaftliche Beratung leisten, wie Umweltpolitik populistischen bzw. antidemokratischen Interventionen seitens unterschiedlicher Akteur*innen und auf verschiedenen Ebenen effektiv begegnen kann. Hauptziel des Vorhabens ist die Entwicklung einer detailliert ausgearbeiteten und umsetzungsfähigen Strategie zur Stärkung der Umweltpolitik gegen populistische und antidemokratische Interventionen.

5. Weiteres Vorgehen

Durch das hohe Interesse der Teilnehmenden des Fachgespräches im Juni 2022 sollen weitere Gespräche mit zentralen Akteur*innen und Stakeholder*innen durchgeführt werden, u.a. mit Vertreter*innen der LANA auf Arbeitsebene, Bundesressorts, Umweltverbänden oder relevanten Forschungsinstituten.

Sobald erste Ergebnisse der wissenschaftlichen Vorhaben vorliegen, sollen diese genutzt werden, um das weitere Vorgehen zu konkretisieren.

Im nächsten Bericht an die Umweltministerkonferenz im Herbst 2023 werden die ersten vorläufigen Forschungsergebnisse präsentiert. Auch sollen daraus erste abgeleitete Vorschläge für mögliche Maßnahmen und Aktivitäten zum Thema „Naturschutz gegen Rechtsextremismus“ und damit verbundene Empfehlungen zu zukünftigen Reaktionsstrategien vorgelegt werden.